

1 Beschluss des SPD –Parteivorstandes bei der Klausur am 17./18. Januar 2016

2 **Für den Zusammenhalt der Gesellschaft:**

3 **Ein Integrationsplan für Deutschland**

4

5 In unserem Grundsatzprogramm stellen wir klar: „Einwanderung verlangt Integration.  
6 Sie ist eine gemeinsame Anstrengung. Dazu müssen beide Seiten bereit sein.  
7 Einwanderer müssen sich integrieren, wir müssen ihnen dazu alle Möglichkeiten  
8 geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Daher verlangt Integration faire  
9 Chancen, aber auch klare Regeln.“

10 Ganz in diesem Sinne haben wir eine doppelte Integrationsaufgabe zu meistern: Die  
11 Integration der Einwanderer und Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und gleichzeitig die  
12 Integration und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern. Hierfür  
13 müssen Staat und Politik die Voraussetzungen schaffen, die finanziellen  
14 Anstrengungen vor allem bei Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und  
15 Wohnungsbau verstärken, nicht zuletzt aber auch Regeln des Zusammenlebens  
16 darlegen und über ihre Einhaltung wachen. Integration gelingt nur in einem  
17 gesellschaftlichen Klima des Vertrauens in die Sicherheitskräfte und den Rechtsstaat.  
18 Deshalb ist klar: Integration ist Staatsaufgabe. Aber Integration ist eine  
19 zivilgesellschaftliche Leistung von Menschen in der Nachbarschaft, in der Schule, am  
20 Arbeitsplatz.

21 Tatsache ist: Die gelungene Integration und Teilhabe von Einwanderinnen und  
22 Einwanderern ist millionenfache Realität in Deutschland. Die wirklichen Erfolge eines  
23 guten Zusammenlebens spielen sich außerhalb der großen Schlagzeilen ab. Deshalb ist  
24 es geboten, an die vielen guten Beispiele für Integration zu erinnern und die großen  
25 Anstrengungen zu würdigen, die Einwanderinnen und Einwanderer erbringen, um  
26 aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland  
27 teilzunehmen. Anzuerkennen ist das erfolgreiche Engagement von Kommunen, vieler  
28 Kindergärten und Schulen, Universitäten, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie einer  
29 Vielzahl von ehrenamtlichen Initiativen.

30 Wo das Zusammenleben gelingt, gibt es ein gemeinsames Verständnis der Grundwerte  
31 und Regeln, die in Deutschland gelten, der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse  
32 befähigt zur Verständigung im Alltag, eine gute Bildung erhöht die Chancen auf dem  
33 Arbeitsmarkt und der Arbeitsplatz sichert das Einkommen.

34 Dabei verschließen wir nicht die Augen vor Problemen und Konflikten. Es gibt  
35 Verständigungsprobleme sprachlicher und kultureller Art, aber auch Gewalt und

36 Missachtung. Pöbeleien und Übergriffe auf öffentlichen Plätzen und in  
37 Verkehrsmitteln, Einschüchterung an manchen Schulen mit einem hohen  
38 Migrationsanteil und sozialen Problemlagen sowie religiösen Fanatismus  
39 extremistischer Organisationen dulden wir nicht. Migranten, die solche  
40 Verhaltensweisen an den Tag legen, schaden dem friedlichen Zusammenleben  
41 zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land.

42 Gleichzeitig stellen wir fest, dass fremdenfeindliche Übergriffe deutscher Gewalttäter  
43 zunehmen. Wer andere wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe angreift, gefährdet den  
44 Rechtsfrieden in unserem Land. Gleiches gilt für Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -  
45 beamtete oder andere Vertreterinnen und Vertreter des Staates.

46

### 47 **Bindung aller an gemeinsame Grundwerte**

48 Die kulturelle Vielfalt in unserem Land ist eine Bereicherung. Gleichzeitig gilt: Wer  
49 dauerhaft in Deutschland leben will muss bereit sein, Teil einer Gesellschaft nach dem  
50 Leitbild des Grundgesetzes zu sein. Seit 1949 bildet es den gesellschaftlichen  
51 Wertekanon und hat bis heute nichts an Aktualität und Orientierungskraft verloren.  
52 Das Grundgesetz bietet genügend Raum für kulturelle Vielfalt, es sichert Freiheit des  
53 Glaubens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Rechte von  
54 Minderheiten. Es setzt aber auch klare Grenzen, über die sich niemand - weder mit  
55 Verweis auf Herkunft noch auf religiöse oder politische Überzeugung - hinwegsetzen  
56 darf.

57 Respekt und Toleranz, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit sind für uns nicht  
58 verhandelbar. Die Vermittlung dieser Grundwerte und unserer Gesetze sind beim  
59 Thema Integration von besonderer Bedeutung. Wir schützen und bekräftigen unsere  
60 tolerante Gesellschaft - Toleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubigen,  
61 Gleichstellung von Frauen sowie die Akzeptanz von Menschen anderer sexueller  
62 Orientierung und Geschlechtsidentität gehören unverzichtbar dazu. Antisemitismus  
63 werden wir niemals dulden.

64 ➤ Wir wollen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit das gute  
65 Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen.  
66 Die Grundlage dafür ist die Verfassung unseres Landes. Die ersten 20 Artikel  
67 beschreiben das Leitbild unseres Landes. Sie zu vermitteln ist ebenso Aufgabe  
68 aktiver Integrationspolitik wie Sprachunterricht und die Eingliederung in den  
69 Arbeitsmarkt.

70 ➤ **Frauen und Männer, die schon lange in Deutschland leben und selber eine**  
71 Einwanderungsgeschichte haben, verfügen oft über ein Erfahrungswissen, das

72 anderen für einen guten Start in unserem Land helfen kann. Wir brauchen sie als  
73 **Brückenbauer und Kulturdolmetscher**, um die Integration schnell voranzubringen.

74 ➤ **Integration ist eine Vereinbarung zwischen Einwanderern und**  
75 **Mehrheitsgesellschaft.** Wir wollen Verbindlichkeit und Verlässlichkeit auf beiden  
76 Seiten. Der Staat verpflichtet sich zu grundlegenden Angeboten, die für eine rasche  
77 und umfassende Teilhabe erforderlich sind (v.a. zum Spracherwerb, für gute  
78 Bildung und Qualifizierung, für Ausbildungsförderung, Arbeitsvermittlung, aber  
79 auch Integrationskurse für das Verständnis der normativen Grundlage unserer  
80 Gesellschaft). Zugewanderte Frauen und Männer verpflichten sich ihrerseits, die  
81 Angebote nach Kräften wahrzunehmen. Nur zusammen machen diese  
82 Maßnahmen Sinn. Wer aber von Integrationspflicht und Sanktionen redet, ohne  
83 die erforderlichen Angebote an Sprach- und Integrationskursen zu schaffen, der  
84 betreibt populistische Stimmungsmache gegen „die Ausländer“.

85

## 86 **Die nächsten Schritte für die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern**

87 Die Bundesregierung muss jetzt die für eine erfolgreiche Integrationspolitik  
88 notwendigen Voraussetzungen schaffen. In den weiteren Gesprächen zur Asyl- und  
89 Flüchtlingsgesetzgebung (Asylpaket III) müssen die folgenden Punkte für einen  
90 Integrationsplan aufgenommen werden:

91 ➤ **Integrationsoffensive Kita:** Wir wollen **80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000**  
92 **zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher** schaffen. Dafür soll der Bund die  
93 Länder und Kommunen mit zusätzlichen Mitteln unterstützen.

94 Wir wollen die Mittel des **Bundesprogramms „Sprach-Kitas“** verdoppeln und das  
95 Programm um spezifische Maßnahmen zur **Integration von Kindern mit**  
96 **Fluchterfahrung** ergänzen.

97 ➤ **Integrationsoffensive Ganztagschulen:** Wir wollen mit einem neuen  
98 Ganztagsschulprogramm den **Ausbau der Ganztagsangebote** für die Integration  
99 von Schulkindern fördern und die Länder in die Lage versetzen, **25.000 zusätzliche**  
100 **Lehrkräfte** und auch mehr **Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter**  
101 einzustellen.

102 ➤ Jungen Flüchtlingen wollen wir angepasste **Einstiegsprogramme in die berufliche**  
103 **Ausbildung** (Öffnung der assistierten Ausbildung, Berufsausbildungsbeihilfe,  
104 ausbildungsbegleitende Hilfen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für  
105 Menschen mit Aufenthaltsgestattung und guter Bleibeperspektive). Ein einfacher  
106 Zugang in den Arbeitsmarkt soll über 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge  
107 geschaffen werden, für die zusätzliche 450 Mio. Euro benötigt werden. Wir wollen

- 108 für junge Flüchtlinge ein Aufenthaltsrecht für die Dauer der Ausbildung und für  
109 zwei Jahre Beschäftigungszeit nach der Ausbildung (sogenannte 3-plus-2-  
110 Regelung).
- 111 ➤ **Bildungsintegration muss sich lohnen:** Flüchtlinge, die eine Berufsausbildung oder  
112 eine akademische Ausbildung in Deutschland erfolgreich absolviert haben, müssen  
113 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Hürden, die einem frühestmöglichen  
114 Ausbildungsbeginn im Wege stehen, wollen wir beseitigen.
- 115 ➤ Flächendeckende Einführung der sogenannten „**Integration Points**“ (zentrale  
116 Anlaufstellen für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive) von Arbeitsagenturen,  
117 Jobcentern und Kommunen.
- 118 ➤ Wir wollen, dass Flüchtlinge **Sprachkurse und Maßnahmen zum**  
119 **Arbeitsmarkteinstieg** parallel – und nicht wie bisher hintereinander – absolvieren  
120 können.
- 121 ➤ Wie wollen insbesondere **Frauen** bei allen Integrationsmaßnahmen erreichen und  
122 sie in den Arbeitsmarkt integrieren.
- 123 ➤ Wir brauchen zusätzliche Finanzmittel für die aktive Arbeitsmarktförderung von  
124 Flüchtlingen und wollen in gleichem Maße unsere **Initiative gegen**  
125 **Langzeitarbeitslosigkeit verstärken**, um allen Menschen eine neue Chance zu  
126 geben, die Arbeit suchen.
- 127 ➤ Wir wollen **Qualität und Quantität der Integrationskurse verbessern**. Das gilt für  
128 die Sprachkursangebote sowie für die Orientierungskurse. Deren Umfang wollen  
129 wir aufstocken und hierin die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie  
130 die sexuelle Selbstbestimmung zum Schwerpunktthema machen.
- 131 ➤ Wir wollen eine weitere **Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau**  
132 **um 5 Milliarden Euro** für die kommenden fünf Jahre.
- 133 ➤ Zudem wollen wir zusätzliche Anreize für den Neubau von bezahlbaren  
134 Wohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen, etwa durch  
135 **steuerliche Anreize und Verschlinkung des Baurechts**.
- 136 ➤ Der Neubau von günstigen Wohnungen braucht Zeit. Aufgrund des erheblichen  
137 Bedarfs vor allem in Großstädten und Ballungsräumen stellt die hohe  
138 Anerkennungsrate bei Asylsuchenden die Kommunen hier vor gravierende  
139 Probleme. Um die an sich schon angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht  
140 weiter zuzuspitzen, wollen wir, dass **anerkannte Flüchtlinge, die über kein eigenes**  
141 **Einkommen** verfügen, eine **zeitlich befristete Wohnsitzauflage** bekommen.
- 142 ➤ Wir wollen das **Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ zu einem**  
143 **Leitprogramm der sozialen Integration** ausbauen und zu einer

144 ressortübergreifenden Strategie weiter entwickeln. Hierfür müssen die Mittel um  
145 mindestens 300 Millionen Euro pro Jahr von 2017 bis 2021 aufgestockt werden.